

Bernhard G. Suttner:

Rede zum politischen Aschermittwoch 2008 am 6. Februar in Passau "15 gute Gründe, die ödp zu wählen"

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter aus den Kreisverbänden der bayerischen ödp

wie schade, dass bei unseren Aschermittwochskundgebungen schon früher nicht geraucht wurde. Da entgeht uns jetzt dieses neue gute Gefühl des klaren Durchblicks. Das ist bei den anderen neu! Mal schauen, ob es bei denen auch wirkt!

Wissen Sie eigentlich wem wir das strenge Rauchverbot verdanken? Ich verneige mich übrigens in Ehrfurcht und Dankbarkeit vor all denen, die seit vielen Jahren mit uns zusammen einen strengen Nichtraucherenschutz gefordert haben. Ich bekenne, dass mich die Regelung in Bayern positiv überrascht hat. Ich bin bereit, ohne Vorbehalt die Güte dieses Gesetzes anzuerkennen. Es freut mich, dass die bayerische FDP mit ihren jämmerlichen Aktionen gegen dieses Gesetz gerade voll auf die Nase knallt. Es ist ein positives Signal: Ja politische Erfolge sind möglich!

Also wie ist das zugegangen?

Im Zuge der revolutionären Ereignisse des letzten Jahres in Bayern (die Geschichtsschreiber werden viel zu tun haben bei der Erforschung dieses unblutigen Umsturzes...) also im Zuge dieser Ereignisse hat es den vormals heiteren Staatssekretär Georg Schmidt (weiß eigentlich jemand in welchem Ministerium der Staatssekretär war?) in die ernste Rolle des Fraktionsvorsitzenden der CSU im Landtag geschwemmt. Die Fraktion war not amused... Dem Herrn Schmidt eilte nämlich ein Ruf voraus, der sich in seinem Spitznamen „Schüttel-Schorsch“ ausdrückte: Freundlich aber belanglos, eben nur zum Schütteln von ganz vielen Händen geeignet - bei Geburtstagen, Goldenen Hochzeiten, Firmenjubiläen, Straßeneinweihungen und anderen heiteren Ereignissen. Das hat den neuen Chef gewurmt und er hat sich ein Thema gesucht, bei dem er sofort seine ganze neue Autorität beweisen konnte. Gerade als die Raucherlobby mindestens

drei Verwässerungs-Gesetzentwürfe ausgeklügelt hatte und die Fraktion begann, das ganze Vorhaben aufzuweichen, hat der Schüttel-Schorsch mit dem freundlichen Grüßen aufgehört und auf den Tisch gehaut. Alle waren geschockt und kannten sich nicht mehr aus. So ist das Gesetz zustande gekommen.

Ich bin dafür, dass ab sofort alle halbe Jahre ein neuer vormals nicht ganz ernst genommener Staatssekretär Fraktionschef der CSU werden muss. Dann rührt sich was in Bayern. Womöglich bekommen wir dann sogar ein Tempolimit. Oder die Gentechnik-Orgie auf den Staatsgütern wird beendet... Das wäre alles nicht mehr ausgeschlossen. Ich bin auch dafür, dass ab sofort in Bayern jedes Jahr ein Doppelwahljahr stattfindet – im Frühjahr immer Kommunalwahl, im Herbst immer Bezirkstags- und Landtagswahl. Warum? Weil es dann jedes Jahr mindestens 350 neue Lehrkräfte und schätzungsweise 70 Sozialpädagogen für die Schulen gibt. Außerdem stimmt dann der kommunale Finanzausgleich, also die Basisfinanzierung für die Kommunen. Übrigens wäre diese Lösung auch gut für die Beamtenbesoldung – es gibt endlich wieder mal richtig Kohle für die Staatsdiener!

Ja das war ein lustiges Jahr, das vergangene Jahr hier in Bayern. . .

Wir haben übrigens bei dem Umsturz richtig Glück gehabt:

Wie die Franzosen haben wir einen neuen Landesvater bekommen. Unserer freut sich bloß über sein schönes neues Amt, hält sich ansonsten weitgehend ruhig und ist mit einer Volksschullehrerin verheiratet. Leider ist auch unser neuer Chef, wie der französische, ein Atomkraft-Fan – aber unserer ist wenigstens nicht als AKW-Verkäufer bei den Diktatoren und Potentaten des Nahen Ostens unterwegs...von anderen Werbungen und Gockeleien ganz zu schweigen.

Warum fange ich mit dem französischen Präsidenten heute meine Aschermittwochsrede an?

Nun der Herr Sarkozy wird uns bald in Niederbayern beehren. Zusammen mit Frau Merkel kommt er nach Straubing um dort den alle Jahre üblichen Deutsch-Französischen

Regierungsgipfel abzuhalten. Warum kommt er ausgerechnet nach Straubing? Das hat nichts damit zu tun, dass dort noch die alte historische Mitte das Stadtbild prägt und den Straubingern bislang eine Passauer „Neue Mitte“ im Stil des 70er Jahre Beton-Brutalismus erspart geblieben ist. Das bislang schlimmste Beispiel für diesen Stil in Bayern war bislang der Kaufhof am Marienplatz in München. Schon bald wird die Passauer Neue Mitte den Kaufhof ablösen.

Alleine diese Sünde wäre übrigens Grund genug, liebe Passauerinnen und Passauer, die dafür Verantwortlichen am 2. März abzuwählen und die Ökodemokraten so richtig stark zu machen!

Aber zurück zu Sarkozy. Warum muss er nach Niederbayern? Warum muss sich seine Neue im Damenprogramm wahrscheinlich auf der Sommerrodelbahn in St. Englmar vergnügen? Ja warum nur... Das ist eine schöne Geschichte:

... Es gibt da nämlich den Bundestagsabgeordneten Ernst Hinsken. Der ist zuständig für Straubing und Regen. Seine Lebensaufgabe ist es, bedeutenden Menschen so lange auf die Nerven zu gehen, bis diese ihre Ruhe haben wollen und dem MdB Hinsken seine Wünsche erfüllen. Ernst Hinsken war schon mal eine kurze Zeit Staatssekretär unter Kohl und wurde dann schon bald ein Opfer des Regierungswechsels von schwarz-gelb zu rot-grün. Als es dann noch später zur großen Koalition kam, wollte man ihn nicht erneut zum Staatssekretär machen ... aber ganz leer sollte er auch nicht ausgehen. Deshalb hat man ihn zum Beauftragten der Bundesregierung für Fragen des Tourismus gemacht.

Glücklich ein Land, das sich solche Posten einfallen läßt und noch dazu ganz offensichtlich genug Geld hat, sich so ein Amt auch leisten zu können!

Also der Tourismusbeauftragte der Bundesregierung und Lokalmatador von Straubing und Regen sagte sich, ein deutsch-französischer Gipfel noch dazu mit Bruni (nicht der Rottaler Landrätin, sondern mit einem singenden Model) – das ist die Werbung für Niederbayern. Wo ein hormonell ausgerasteter Staatspräsident mit einer männersammelnden Superfrau hinfährt, dort wollen bald alle hin und die Cote d'Azur kann genauso zu machen wie die Ostseebäder rund um Heiligendamm wo damals beim Gipfel noch keine Bruni für

Sensationen gesorgt hat.

Ich möchte nicht wissen, wie viele Mitarbeiter der Bundeskanzlerin an den Rand des Nervenzusammenbruchs geraten sind, bis die Kanzlerin entschieden hat: „Ich kann nicht mehr - wir fahren nach Straubing.“

So weit das Lustige an der Geschichte...

Der Herr Hinsken ist aber auch ein glühender Befürworter des Staustufenbaus an der Donau, des autobahnähnlichen Ausbaus der B20 quer durch Niederbayern und durch den Bayerischen Wald und überhaupt aller Straßen, die er schon mal gesehen oder befahren und für viel zu schmal befunden hat... Vor einiger Zeit hat er sich auch sehr dafür eingesetzt, im Landschaftsschutzgebiet Naturpark Bayerischer Wald ein Trainingszentrum für BMW-Geländewagenkäufer und -besitzer einzurichten.

Kurz: Der Tourismusbeauftragte der Bundesregierung Ernst Hinsken hat es mit der Zerstörung der Naturschönheiten.

Das ist nicht unlogisch:

Wenn man die Natur in Ruhe ließe, bloß anschauen und genießen wollte, womöglich gar die ganze noch frei fließende Donau samt Isarmündung, Naturschutzgebieten, Weichholzauen und vielfältigen Lebensräumen, zusammen mit den am Strom liegenden historischen Klosterorten und Kulturlandschaften als „Welt-Natur und Kultur-Erbe“ bei der Unesco anmelden würde, dann käme ja der Tourismus ganz alleine in Schwung und man bräuchte womöglich keinen Tourismusbeauftragten mehr!

1. Ich möchte Ihnen an dieser Stelle den ersten guten Grund nennen, der für die Wahl der ödp spricht: Er ist schlicht und heißt:

Wir lieben die Natur. Wir wissen was wir an ihr haben. Wir wissen wovon wir leben. Wir haben Achtung vor der Schöpfung in ihrer evolutionären Vielfalt. „Ehre Vater und Mutter, auf dass dir wohl ergehe in dem Land...“ so heißt es im 4. Gebot. Das gilt zuerst und vor

allem auch für „Mutter Natur“. Wer es gerne naturwissenschaftlicher haben möchte: Die verlangte Achtung kommt aus der Erkenntnis, dass unser Leben von ganz wenigen Voraussetzungen abhängt: Trinkbares Wasser, schnaufbare Luft, ein intaktes atmosphärisches Schutzschild, das uns vor der Strahlung aus dem All bewahren kann, fruchtbare Böden und dem fantastischen Vermögen der Pflanzen, die Energie der Sonne zu sammeln und in teilweise schmackhafter, immer aber höchst brauchbarer Form anzubieten.

Wir wissen aus anderer wissenschaftlicher Quelle, dass wir auch die Erfahrung von natürlicher und kultureller Schönheit zum Leben brauchen.

Von all dem leben wir. Davon ernähren wir uns. Von der Natur. Nicht von Kapitalrenditen.

Es ist wichtig, dass Menschen die das wissen und sich nicht schämen es auch entschieden auszusprechen, in allen Parlamenten die Stimme erheben können. Wir stehen zum Naturschutz. Für uns ist „Naturschützer“ keine Schimpfwort sondern ein Ehrentitel.

Naturschutz ist übrigens nicht zu verstehen als Schutz der Natur nur vor der eigenen Haustür. Ökologisch denkende Menschen sind per definitionem global denkende Menschen. Wenn jetzt deutlich wird, dass eine weitere Bedrohung des tropischen Regenwaldes auftritt, weil die Nachfrage nach Biosprit aus Palmöl, Zuckerrohr oder anderen Pflanzen die Gier nach Land für die Agrarindustrie in Brasilien, auf den Philippinen oder in Indonesien anfacht, dann darf uns das nicht kalt lassen. Diese Entwicklung ist in mehrfacher Hinsicht besorgniserregend:

Zum einen muss festgehalten werden: Für die Waldvernichter gibt es ein neues Motiv – die Erzeugung von Energiepflanzen.

Zum anderen: Die alten Motive, Verkauf von Edelhölzern, Anbau von kurzlebigen Zellstoff-Holz für absurde Werbesprospektmassen, dreilagiges Klopapier und immense Verpackungsmengen, Anbau von Luxus-Produkten und Genußmitteln für den Export, Erzeugung von Viehfutter auf ehemaligem Regenwaldböden für die Massentierhaltung und

für den Fleischhunger des besser gestellten Drittels der Menschheit und die Ausbeutung mineralischer Bodenschätze - alle diese Motive bleiben leider nach wie vor erhalten.

Zum dritten: Wir hätten den Wald nötiger denn je, er wird aber Tag für Tag dramatisch kleiner.

Zum vierten: Das ist ein furchtbarer Verlust für die Artenvielfalt, für die Schönheit des Planeten und vor allem findet in den Wäldern auch nach wie vor eine Zerstörung indigener Kulturen und entsetzlicherweise immer auch Mord und Totschlag an Menschen statt.

Wir erleben hier einen echten Zielkonflikt innerhalb der ökologischen Problemanalysen und Lösungskonzepte: Wer behauptet, Bio-Sprit sei gut an sich, der hat nicht recht!

Ökologisch denken und handeln ist komplizierter: Auch für Energieen vom Acker gilt: Erst den Bedarf durch Einsparung und Effizienz drastisch reduzieren, dann die regionalen Möglichkeiten entwickeln und ausschöpfen; sodann kann man an internationalen Warenaustausch denken – aber auch hier muss danach gesucht werden, wie das nachgefragte Gut so schonend wie möglich gewonnen werden kann. Am Beispiel der biogenen Energieträger heißt das z.B.: Jatropha-Strauch statt Palmölplantagen. Es gibt nämlich Ölpflanzen, die heilsam eingesetzt werden können und zwar in Gebieten, die von Verwüstung bedroht sind.

Es geht also nicht um die Frage „Biosprit -Ja oder nein?“ Es geht wie fast überall um die Frage nach dem verantwortbaren Weg.

Zurück zur Grundsatzfrage nach der Natur: Wer die Natur nicht liebt, wer sie nicht als Mutter, also als Lebensvoraussetzung versteht, der wird über sie herfallen, wenn auch nur ein kleiner wirtschaftlicher Vorteil winkt. Das gilt für Niederbayern wie für Amazonien.

Damit sind wir bei der Energiefrage. Es gäbe die ödp wohl nicht, wenn sich das Problem den kundigen und interessierten Bürgerinnen und Bürgern nicht schon vor über 25 Jahren mit

Dramatik aufgedrängt hätte.

2. Hier ist der zweite Grund, ödp zu wählen:

Wir machen bei der Verdrängung der großen anstehenden Energieversorgungskrise und der sich zuspitzenden Klimaveränderung nicht mit und stellen und den Fakten.

Wir ödp-Aktive akzeptieren die Fakten und bemühen uns, die politischen Konsequenzen daraus zu ziehen, aufzuklären und für eine umfassende Neuorganisation des Umgangs mit Energie und Rohstoffen zu werben.

Die Fakten sind diese:

Uns allen steht die wohl umfassendste Versorgungskrise der Neuzeit bevor. Man muss sich wundern, dass die große Mehrheit immer noch die Augen fest zumacht, sich die Ohren verstopft und alle Antennen einzieht.

Wie eine warnende Schrift an der Wand wurde uns zum Beginn dieses Jahres die Zahl „100 Dollar für ein Faß Öl“ präsentiert.

Manche hoffen jetzt, dass sich das alles auf aktuelle Spekulationen am Ölmarkt zurückführen lässt... Es wird schon wieder billiger werden... Wie lächerlich, wie absurd! Was jetzt ansteht, ist die wohl am besten prognostizierte Krise der jüngeren Geschichte. Als wir vor gut 25 Jahren die ödp gegründet haben, konnte man nicht nur in schwer zu entziffernden Fachzeitschriften sondern eigentlich auch in der Tageszeitung alles lesen, was jetzt zu geschehen beginnt. Die Verantwortlichen haben 25 Jahre viel zu wenig getan. Die Industriegesellschaft hat kollektiv verdrängt, was da am Horizont zu sehen war. Wir dürfen nicht noch ein paar Jahre versäumen.

Es müssen jetzt in alle Entscheidungsgremien – auch und vor allem in die Kommunalparlamente – Menschen gewählt werden, welche die Begriffe „peak-oil“ und „Energieeffizienz“ nicht nur kennen sondern als naturwissenschaftliche Vorgaben für Politik und Wirtschaft akzeptieren, von denen aus die Welt neu gedacht und organisiert werden muss.

Das ist ehrlich gesagt eigentlich eine Aufforderung zur

Revolution – freilich ohne Bomben und Gewehre, ohne Guillotine und Gesinnungsterror. Es geht um eine Revolution des Denkens und der Bewertungen: Mehrverbrauch wurde jahrzehntelang als Fortschritt begrüßt. „Weniger“ galt als Synonym für Elend. Diese dumme Einfalt muss der Differenzierung weichen: Weniger kann die Rettung sein, Mehr Wachstum kann bedeuten, dass die Probleme unlösbar werden... Es kommt eben sehr darauf an, was wächst und was abnimmt!

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) sagt: Um das Jahr 2012 wird das Ölangebot nicht mehr ausreichen, um die Nachfrage zu decken...

Der UNO-Klimarat sagt: Innerhalb der nächsten 15 Jahre muss drastisch umgesteuert werden, um die Erwärmung auf plus 2 Grad zu begrenzen..

Aber fast die alarmierendste Nachricht war für mich eine beiläufige Information auf der Wirtschaftsseite der SZ vom vergangenen Freitag zum kurz zuvor bekannt gegebenen Rekordgewinn der Shell AG:

„Aktie fällt trotz Rekordgewinns Der Rekordgewinn von Shell hat die Analysten nicht zufriedengestellt. Die Aktie verlor am Donnerstag zeitweise zwei Prozent. Grund dafür sind unter anderem rückläufige Produktionszahlen. Dies wird als Zeichen für zunehmende Probleme in der Förderung gewertet.“

Das, meine Damen und Herren, ist ernst zu nehmen. Wenn sich in den nächsten Jahren vielleicht bewahrheitet, was viele Insider vermuten, dass nämlich Saudi-Arabien weit weniger Ölvorräte hat als die Prinzen stets behaupten, dann wird der Ölpreis Höhen erreichen, welche die Weltwirtschaft nicht einfach so wegstecken kann, wie das heute noch bei Preisen um die 90 bis 100 Dollar zu gelingen scheint. Man muss weder Hellseher sein noch Wirtschaftswissenschaftler sein um vorauszusagen, was mit dem Öl- und Gaspreis geschehen wird: Bislang sind die Kurven der Förderung und des Verbrauchs stets schön parallel nach oben gegangen. Momentan bleibt die Förderkurve stehen - Peak-oil ist erreicht - während die Verbrauchskurve weiter ansteigt, wegen des

Eintritts Chinas, Indiens und vieler anderer Schwellenländer in die Industrialisierung. Wie wird angesichts dieser Situation die Preiskurve weiter verlaufen...?

Deshalb ist heute ebenso wahr wie es damals wahr war, was wir Ökodemokratinnen und -demokraten seit 25 Jahren aussagen und praktizieren: Wir müssen so schnell wie möglich den Energie- und Rohstoffumsatz radikal senken und so viel wie nur möglich aus erneuerbaren Quellen decken.

Diesen Satz nicken heute – anders als vor 25 Jahren – in der Regel alle ab. Ja genau, so ist es. Wir müssen.... Gleichzeitig handeln aber die allermeisten Verantwortungsträger in Politik und Wirtschaft gegenteilig, weil sie die Brisanz von „Peak-Oil“ nicht wirklich gelten lassen. Wo sind die Spitzen-Kandidaten der CSU, der SPD, der programmfreien Wähler, die überall im Lande die Bürger auf energie-ärmere Zeiten vorbereiten? Für ödp-Kandidatinnen und -Kandidaten lege ich meine Hand ins Feuer: Ihnen ist die Notlage bewusst. Sie werden Politik machen und Aufklärung betreiben – ohne Verdrängungskünste und ohne Angst, vor unbequemen Wahrheiten.

Aber das Riesenproblem hat ja auch eine ganz überzeugend positive Seite: Im Grunde kann heute jeder zum Energieerzeuger werden, mit Energie Geld sparen und mit Energie Geld verdienen!

Stattdessen haben die allermeisten Haushalte auch 2007 wieder insgesamt über 100 Milliarden Euro an die Energiekonzerne abgeführt - - also brav den Stromgiganten die massiven Dividenden und Vorstandgehälter finanziert - sich den Atommüll vor die Tür stellen lassen und sogar noch dafür bezahlt – über die Stromrechnung bzw. über den Steuerverzicht auf die Rücklagen der Konzerne für die Endlagerung am St.-Nimmerleinstag im Nirgendwo-Endlager...
- die Oligarchen und Autokraten von Moskau bis Abu Dhabi unterstützt und wahlweise absurden Luxus, die Unterstützung von Terroristen, die Aufrüstung mit Waffen aller Art – zunehmend auch den Aufkauf der Weltwirtschaft mittels Staatsfonds ermöglicht.

Ja wollen wir alle weiterhin so blöd sein?

In der Energiekrise liegt doch eine gigantische Chance!

Wenn ich mir was vorwerfe, dann dieses: **Ich habe zu selten und zu wenig leidenschaftlich von diesen Chancen gesprochen. Ich möchte das ab sofort nachholen: Die Ablieferung des Energie-Tributs an die vier Stromkonzerne, an Gazprom, an die Saudischen Prinzen und die nigerianischen, libyschen und venezolanischen Diktatoren wird beendet! Das Geld bleibt hier und geht an mittelständische Firmen, an Landwirte, an uns selbst! Gerne auch an Stadtwerke, die die Zeichen der Zeit erkennen und selber wieder Strom erzeugen – ökologisch, aus erneuerbaren Systemen, mit höchster Effizienz in Kraft-Wärme-Koppelungsanlagen.**

Das alles ist längst möglich. **Jede und jeder hier im Saal und draußen im Land muss nicht länger energie-tributpflichtig bleiben. Wir alle können Energie nutzen und Energie bereitstellen. Du bist nicht nur Deutschland, Du bist auch Energiewirtschaft! Schicken wir doch endlich e-on, RWE und Vattenfall, die En-BW und die Öl- und Gasmultis auf Talfahrt. Feiern wir überall im Land eine große Putin-Saudi-Schröder-Abschiedsparty!** Die Gegenseite spürt allmählich- dass sich was zusammenbraut.

Nicht nur der Herr Clement mault. (Übrigens – der Mann tut nur seine Pflicht. Er ist als Aufsichtsrat eines Atomkraftwerkbetreibers gesetzlich verpflichtet, die Interessen seines Unternehmens zu fördern.)

Viel beachtenswerter ist, dass auch Herr Beckstein erneut davon redet, dass wir auch weiterhin auf die Atomkraft setzen sollen und müssen. Der müsste nicht. Der ist nicht Aufsichtsrat bei e-on oder sonstwo. Er ist jetzt nicht einmal mehr Aufsichtsratsvorsitzender der Nürnberger Flughafen-GmbH. Dieses schöne Amt hat jetzt ein anderer bekommen... genau: Der ansonsten ziemlich stillgelegte Dynamiker Markus Söder. Übrigens: Auch der neue Staatssekretär im Wirtschafts- und Verkehrsministerium Markus Sackmann ist gleich Aufsichtsrat beim Airport Nürnberg geworden. Mit dem Herrn Maly, dem roten OB von Nürnberg, praktiziert man dort eine schöne Variante der großen Koalition.

Beckstein wirbt also auch für die Fortsetzung des Atomkraft-

Megarisikos. Warum eigentlich? Ich habe nur eine einzige Erklärung: Die CSU hat es nun einmal mit den Konzernen und die Konzerne haben es mit der CSU. **Die CSU plakatiert „näher am Menschen“ und praktiziert „Nächste Nähe zu den Konzernen“. Liebe deinen Nächsten wie dich selbst! Man ist eben doch christlich bei der CSU.**

Die Energiewirtschaft, insbesondere die Stromerzeugung ist hier in diesem Land nach wie vor zentralisiert auf wenige große Konzerne, die sich gerne – man beachte die Emotionalität der Sprache – „Versorger“ nennen lassen. Wie gütig: Sie versorgen uns!

Die neue Energiewirtschaft hingegen wäre stark dezentralisiert, weil jeder zum Kleinunternehmer in Sachen Strom- und Wärmeerzeugung werden kann. Das passt den Konzernen nun gar nicht. Atomkraft und Kohleverstromung funktionieren nur zentralistisch; niemand kann sich privat einen Reaktor oder eine Kohleverstromungsanlage anschaffen!

Erneuerbare Energie funktioniert vor allem dezentral. Geht es der CSU und Herrn Beckstein um den Erhalt der zentralistischen Strukturen zugunsten ihrer Spender? Der Verdacht drängt sich auf...

Bitte bringen Sie die Strukturfrage der Energiewirtschaft unter die Leute: „dezentral“ oder „zentralistisch“ – das ist auf vielen Gebieten eine wichtige Frage. Und erklären Sie den Leuten die drei E, mit denen wir das gefährliche A und den Klimakiller C erfolgreich bekämpfen können:

Die drei E der neuen Energiewirtschaft sind gut für die Zukunft, gut fürs Klima und gut für unseren eigenen Geldbeutel:

Wir sollten deshalb bei den drei E nicht zu bescheiden sein:
1/3 läßt sich einsparen 1/3 läßt sich durch Effizienzsteigerung überflüssig machen das restliche Drittel können wir durch erneuerbare Energie decken!

Es ärgert mich, dass die Politiker, die solche Ziele bekämpfen und als unmöglich darstellen, immer noch Mehrheiten bekommen. Es ärgert mich, dass den Leuten immer noch

erfolgreich eingeredet wird, die Befreiungsaktion aus den Fängen von Gazprom und der großen Öl- und Strommultis sei nicht möglich.

Ich habe vor kurzem das Beispiel der fränkischen Brauerfamilie Gloßner aus Thalmannsfeld gelesen. Dort hat man noch in den 70 Jahren Jahr für Jahr sage und schreibe 350 000 Liter Heizöl verbraucht – für das Sieden und das Kühlen. Noch vor vier Jahren brauchte man nach Verbesserungen der Anlage 160 000 Liter. Heute ist der Heizölverbrauch auf 0 Liter gesunken – dank der kreativen Orientierung der Firma an den drei E. Das ist doch einfach fantastisch! Das ist die Zukunft. Gloßner sagt heute: Die Leute in der Region trinken unser Bier und wir beziehen von unseren Kunden in Form der Hackschnitzel die nötige Energie.

Unser Hoffnungsszenario wird aber nicht von alleine verwirklicht. Da wird noch heiß gestritten werden. Was uns Hoffnung macht ist für andere nämlich ein wahres Horrorszenario – für die Energiekonzerne und offensichtlich auch für Beckstein und den CSU-Schatzmeister, der die Spenden braucht. Deshalb wird uns eingeredet, dass wir das zentralistische Energiesystem in alle Zukunft fortsetzen müssen – dass es keine Alternative gibt.

Wenn wir alles lassen wie es ist – also schwatzen, verdrängen und nichts tun, dann fliegt uns der Laden um die Ohren. Eine riesige, bedrohliche Versorgungskrise steht an. Nur noch gut betuchte Menschen werden sich Mobilität und warme Stuben leisten können. Nur noch die reichsten Kommunen werden Schulen, Krankenhäuser, Altenwohnstätten und öffentliche Einrichtungen aller Art beheizen und einigermaßen komfortabel betreiben können. Deshalb ist Energie auch eine wichtige kommunalpolitische Frage. Was eine mittelständische Brauerei kann, muss doch auch eine Kommune können!

3. Der dritte Grund:

Wir machen bei weiteren Klimakiller-Aktionen wie dem Neubau von Kohlekraftwerken garantiert nicht mit.

Peak-Oil ist das eine, Klimaveränderung ist das andere. Die ganz gleichen Maßnahmen - 100% erneuerbare

Energieversorgung, höchste Effektivität der Anlagen, kurze Wege, Weglassen von Unsinnigem, Entmaterialisierung (d.h. höhere Bewertung von Dienstleistungen und Aufwertung von Glückserfahrungen ohne mat. Verbrauch...) dienen auch der Abwendung der allerschlimmsten Klimaveränderungen.

Wir erleben bei der Bekämpfung des Klimaproblems derzeit einen Schwall von gar nicht so falschen Worten. Es werden Ziele ausgegeben, die auch nicht unbedingt falsch sind – teilweise sind sie sogar sehr anspruchsvoll wie z.B. das Ziel der jährlichen Erhöhung der Energieproduktivität um 3% ... Insgesamt: Ein schöner Chor mit einem erbaulichen Lied. Gleichzeitig wird eine eiskalte Lobbypolitik zugunsten der Klimakiller betrieben – man denke nur an die fortgesetzte Befreiung der Fliegerei von der Steuerpflicht und den Einsatz der Bundesregierung gegen die geplanten Vorgaben der EU-Kommission für den CO₂-Ausstoß von Kraftfahrzeugen.

Wir haben hier in der bayerischen Automobilindustrie womöglich die besten Ingenieure, die besten Anlagen und die falschesten Konzepte! Ist der Markt selber Schuld, wenn er eines Tages keine Rennautos mehr will? Wird dann der Markt bestraft oder die Familien der BMW- und Audi-Mitarbeiter? Ist die Natur ungerecht, wenn sie sich durch Luxus-Geländewagen und Limousinen mit Formel1-Appeel stärker belastet fühlt als durch Hybrid- und Kleinwagen? Das ist anscheinend die Logik bundesdeutscher Politiker von Merkel bis Gabriel: Sie kämpfen in der EU dafür, dass schwere Fahrzeuge auch deutlich mehr Gefahren verursachen dürfen als die kleineren Autos. Das nenne ich Logik: Wenn sich dieses Denken durchsetzt, dann müßten künftig eigentlich auch anerkannte schwere Alkoholiker - sagen wir mit 1,5 Promille Alkohol im Blut - noch Auto fahren dürfen (weil sie gar nicht anders können...) während Abstinenzler mit 0,1 Promille und Normalos vielleicht mit 0,5 den Führerschein abzugeben hätten. Beim Klima haben Merkel und Gabriel genau eine solche Lösung im Sinn: Wer bisher schon schwer daneben liegt, muss auch künftig schwer daneben liegen dürfen. Man kann doch so einen Danebenlieger nicht einfach mit einem „Etwas-richtiger-Lieger“ vergleichen. Wo kämen wir denn da hin?

Kurzum: Wir haben in Deutschland ergreifende Reden zum Klimaschutz... und irrsinnige, gegenteilige politische Projekte.

Aber auch die Kommunen betreiben eine teilweise eigenartige Politik: Überall im Land ist diese absurde Investitionspolitik zu beobachten: Die großen 4 Energiemonopolisten bauen neue Kohlekraftwerke und wollen die Atomkraftwerke dauerhaft weiterbetreiben.

Wenn die Stadtwerke die ganz gleiche Politik betreiben, dann sind sie genau besehen überflüssig geworden. Wir brauchen Stadtwerke, die ihren Kunden mehr bieten als Sprüche: eine andere Qualität von Energie. Die kleine Stadt Schönau im Schwarzwald hat es schon vor ca 15 Jahren vorgemacht, sich das Stromnetz zurückgekauft und die Stromerzeugung aus erneuerbaren Quellen vorangetrieben. Schönau muss überall sein!

Die Münchner rot-grüne Kohlekraftwerks-Affaire hat das Gegenbeispiel erbracht. Die Beteiligung am Bau eines großen Kohlekraftwerks in Herne ist vom rot-grünen Stadtrat den München Stadtwerken ausdrücklich erlaubt worden. Dann kam der Antrag, sich noch am Neubau eines weiteren Kohlkraftwerks zu beteiligen....Begründung: um „den Ausstieg aus der Atomkraft zu kompensieren“! Na da hat sich die CSU und die Atomwirtschaft aber gefreut... so ein schönes Argument von Udes rot-grüner Supertruppe auf dem Silbertablett serviert! War schon fast beschlossen. Auch die grüne Basis ist zunächst brav geblieben; erst als sie von unserer Seite her angegriffen wurde, kam auch von ihr der Widerstand und letztlich das Aus für diesen Irrsinn. Schulmäßig wurde hier bewiesen, dass die ökologische Bewegung ohne die ödp sehr viel schwächer wäre! Der Vorgang zeigt, dass die Abkehr von der alten Energiewirtschaft nicht nur Beckstein und Huber sondern auch Ude-Superstar und seiner rot-grünen Fangemeinde schwer fällt.

Und nicht vergessen: Das Ende des zwanghaften Energieumsatzes in den bislang gewohnten Riesenmengen wäre auch ein Beitrag dazu, eine der größten Kriegsgefahren zu verringern und echte Friedenssicherung zu betreiben. Das ist doch Pflicht aller Humanisten und Religiösen!

Ich habe in diesem Zusammenhang Grund, einem unserer langjährigen Mitglieder zu einem großen juristischen Erfolg zu gratulieren: Sepp Heigl aus Rattenberg hat viele Jahre lang

durch alle Instanzen für die Möglichkeit gekämpft, im bisher windkraftlosen Bayerischen Wald eine Windkraftanlage errichten zu können. Vor wenigen Wochen nun war ihm vor dem Verwaltungsgerichtshof in München endlich der verdiente Erfolg beschieden. Lieber Sepp: Herzlichen Glückwunsch! Du bist ein großer Idealist, hast viel einstecken müssen. Ich wünsche Dir alles Gute für Dein wichtiges Projekt einer Bürger-Windkraftanlage im Bayerischen Wald!

4. Der vierte Grund:

Wir finden uns niemals mit der Atomgefahr ab und kämpfen gegen den objektiven Irrsinn einer Renaissance der Kernenergie

Aus der drohenden Energie- und Klimakrise wird uns auch die vielbeschworene „Renaissance der Atomkraft“ nicht retten können. Ich muss Sie alle bitten, in dieser Frage ganz von vorne anzufangen: Vor ca. einem halben Jahr hatte ich die Gelegenheit, in einem Gymnasium eine Gesprächsrunde mit Mittelstufen-Schülern zur Atomkraft-Frage zu bestreiten. Die Schüler bereiteten sich auf den in bayerischen Schulen offenbar obligatorischen Besuch in einem Atomkraftwerk vor. Ich muss Ihnen sagen: **Alles was für uns Schnee von gestern ist, muss mit der jungen Generation neu kommuniziert werden!** Ich mache es den jungen Leuten nicht zum Vorwurf. Sie sind alle geboren worden, als der Tschernobyl-Unfall schon Geschichte war. Für sie ist Wackersdorf eine Erscheinung aus dem Neolithikum.

Sie haben als ökologisches Top-Thema den Klimawandel vermittelt bekommen und dieses immer im Doppelpack mit der Mär vom klimafreundlichen Atomstrom – angeblich ganz und gar ohne CO₂. Die führenden Politiker des Landes reden bei jeder Gelegenheit von der Notwendigkeit des Atomstroms... und im Kino werden schöne Werbefilme von den AKWs als den größten Klimaschützern gezeigt.

Als ich die folgende Frage stellte und die zugerufenen Zahlen nach unten korrigierte, erntete ich ungläubiges Staunen und riskierte meine Glaubwürdigkeit – man wollte mir das einfach nicht abnehmen: **„Welchen Beitrag leistet heute die Atomkernspaltung mit ihren weltweit laufenden 435**

Kernkraftwerken zum Energiebedarf der Menschheit?“

Antwort: „Knapp 3 %.“ Wer glaubt also, dass eine Verdoppelung der Reaktoren das Energieproblem der Menschheit lösen kann?... Oh je, oh je... Um auch nur 10% zu erreichen, müssten die Menschen um die 1000 neue AKWs bauen... viel Geld... und das größte Problem: Woher soll der Brennstoff kommen? Bei heutigem Verbrauch schätzt man die Reichweite auf runde 60 Jahre. Wenn wir aber 1500 Reaktoren betreiben sollen um 10% des Energiebedarfs zu decken - lohnt sich da überhaupt der immense Kapitaleinsatz für eine Energietechnik ohne jede Zukunft? Die Schüler schluckten hörbar. Dabei hatte ich noch nichts erzählt vom gesamten Nuklearzyklus:

- Vom Abbau des Urans im Indianerland,
- von den missgebildeten Kindern der Anwohner der Abraumhalden,
- vom immensen CO₂-intensiven Vorgang der Urananreicherung,
- von den ungeklärten signifikant angestiegenen Leukämiefällen bei Kindern, die in der Nähe von AKW wohnen,
- von den Zwischenlagern mit unzureichender Sicherung gegen Anschläge und Abstürze,
- von der Möglichkeit eines Supergaus mit der Folge, dass das schöne Bayern unbewohnbar wäre und die ganzen schönen Immobilien auf einen Schlag entwertet würden (das hat eine ökonomisch sensible Erbgeneration aus der gehobenen Mittelschicht kräftig geschockt!) und endlich
- von dem noch nicht gefundenen Endlager in dem der ganze Müll über die nächsten 100 000 Jahre sicher aufbewahrt werden muss. Auch das hier schon viele Male bemühte Beispiel mit dem Pförtnergehalt am Eingangstor des Endlagers (30 000.- Euro mit 100 000 multipliziert ergibt eine schöne Summe...) und die nicht vorhandene Haftpflichtversicherung ohne Summenbegrenzung musste ich meinen jugendlichen Zuhörern anbieten und ich merkte:

Sie hatten dieses alles noch nie gehört! Sie hatten nur gehört, dass es ohne Atomkraft keinen Fortschritt geben könne.

Ja, ich bitte Sie alle eindringlich und von Herzen: Fangen wir

mit der ganzen Atomaufklärung von vorne an. Mir fällt da eine Anekdote ein, die aus einem Gespräch des verstorbenen Theatermanns August Everding mit dem damals noch nicht ganz so hoch gestiegenen Kardinal Ratzinger stammt. Everding fragte den Theologen: „Warum Herr Kardinal ist nach 2000 Jahren Christentum die Welt immer noch so wie sie ist.“ Ratzinger antwortete: „ Weil mit jedem neu geborenen Menschen die Menschheit neu beginnt.“ Ich bin damals sehr erschrocken, als ich dieses Interview gehört habe. Ich habe mich an dieses Erschrecken erinnert, als ich das Gespräch mit den jungen Leuten über die Atomkraft hatte. Uns Ökodemokraten hängt das Thema zum Halse heraus. E-on und seine Helfershelfer aus der Politik warten einfach ab, bis die Menschheit neu geboren ist und erzählen der neuen Menschheit die alten Märchen vom unersetzlichen, ungefährlichen und unwahrscheinlich billigen Atomstrom.

Wie unverzichtbar die Atomkraftwerke für Deutschland sind, hat ja das letzte Jahr gezeigt: Zeitweise waren fast 40% der „unverzichtbaren“ Reaktor-Leistung nicht am Netz. Noch immer stehen die zwei Schad-Vatten-Fälle in Norden still (Es gibt ja bekanntlich den Normal-Vatten-Fall, den Problem-Vatten-Fall und den Schad-Vatten-Fall). Auch Biblis ist weg. Und das Licht will einfach nicht ausgehen...

5. Der fünfte Grund

Bus und Bahn für alle statt Transrapid und dritte Startbahn für Luxus-München

Letzte Woche hat es wieder mal so einen schönen Ehrlichkeitsausbruch eines bayerischen CSU-Politikers gegeben. Der erinnert mich an das absolute Highlight dieser Kategorie, das von Erwin Huber stammt. Ich habe es oft zitiert und es ist immer noch schlimm: „Wir werden alles tun, was der liebe Gott erlaubt und auch einiges was er verboten hat, um diese Technologie voranzubringen“ – damals war der Mobilfunk gemeint. Wir wissen, Erwin Huber hat Wort gehalten. Mittlerweile ist die Technologie entwickelt und es geht nur noch am Rande um das Telefonieren: Viel interessanter ist bei vielen jungen Leuten das Handy als Technologie für Porno-Austausch, für das Abfilmen und ins Internetstellen von „happy-slapping“ (gezieltes Verprügeln und

Demütigen von Mitschülern) und für das Abgezocktwerden durch miese Spiele und Klingeltöne-Abos. Ich ahne erst jetzt so richtig, was der Erwin Huber meinte, als er davon sprach, dass der liebe Gott manches in Sachen Mobilfunk kritisch sehen könnte...

Ich bin überzeugt, dass es damals um sehr viel Geld gegangen ist – in jeder Beziehung: für die Partei über den Großspender des Verbandes der Bayerischen Metall- und Elektroindustrie. Und natürlich auch für die betreffenden Firmen, vom Antennenbauer in Rosenheim bis zum Siemenskonzern ... von den eigentlichen Mobilfunkern ganz zu schweigen...

Aber zurück zu heute: Der neueste Ehrlichkeitsausbruch stammt vom neuen und leutselig-fränkischen Chef und er hat ihn der Augsburger Allgemeinen verkündet:

„Unter einem Ministerpräsidenten Beckstein wird es keinen Euro für eine Express-S-Bahn vom Münchner Hauptbahnhof zum Flughafen geben.“

Das sitzt. So spricht ein wahrer Chef. Wer nicht spurt, kriegt gar nix. Basta. Man merkt: Bayern ist auch nach Strauß, Streibl und Stoiber eine starke Demokratie geblieben (wie pflegte Gerhard Polt als Gesandter der Hans-Seidl-Stiftung in Tschurangrati zu sagen? „We have in Bavaria a very strong democracy...“)

Mir als Niederbayerischem Dorfbewohner kommt das alles ohnehin ein bisschen fremd vor – das mit der zusätzlichen Express-S-Bahn oder mit dem „Trara“. Bei uns auf dem Dorf haben die Leute ein echt berauschendes ÖPNV-Angebot: Ein Bus am Morgen rein in die Stadt und ein Bus am Mittag raus aus der Stadt und ein weiterer am Abend (auch raus aus der Stadt). Vielleicht könnte man ja bei uns und in vielen anderen Dörfern den Bus am Mittag streichen, damit das mit dem Transrapid leichter zu finanzieren ist? Übrigens: Die Express-S-Bahn soll bloß 25 Millionen kosten. Der Trara dagegen wird 1800 Millionen brauchen. Da wird man viele Mittagsbusse einstellen müssen... Oder ginge es etwa umgekehrt? Man baut gegen den Willen des Ministerpräsidenten nur die Express-S und lässt viele zusätzliche Busse und ein paar neue Bahnen fahren. Ganz schön naiv so eine Überlegung. Die vielen neuen Busse müssten ja von ganz vielen Leuten gefahren werden – das wären ja viele neue Arbeitsplätze irgendwo im Land und

nicht viele weitere im Ballungsraum München!

Wir leben doch nicht mehr im 18. Jahrhundert, wo man die Haupt- und Residenzstädte luxuriöse ausgestattet hat und das Land verlottern ließ. Der Diamant strahlt bekanntlich am schönsten, wenn ihn der Lichtstrahl trifft und die restliche Umgebung sehr, sehr dunkel ist ... Wer für „Trara“ und neue Startbahnen Milliarden zur Verfügung stellt, dürfte eigentlich auf dem Land keine Stimme mehr bekommen, wo Tag für Tag nur ein einziger oder gar kein Bus mehr fährt und demnächst die Schule geschlossen wird. Genau genommen bin ich für Beckstein: Wir verhindern den Transrapid, aus Trotz rückt der Beckstein keine Millionen für die neue S-Bahn raus – dann bleibt das ganze schöne Geld übrig und dann kriegen wir einen zusätzlichen Bus – weil das Geld schließlich irgendwo hin muss.

6. Der sechste Grund ist bitter ernst: **Wir kämpfen auch weiterhin entschieden gegen die Gentechnik in der Landwirtschaft.**

Bislang ist es uns allen (ein herzliches Vergelt´ s Gott an alle vernünftigen Bauern!) gelungen, Bayern weitgehend ohne Anbau genveränderter Organismen zu bewahren. Der bisherige Widerstand war außerordentlich erfolgreich. Kommunen als Verpächter von Land und als Großeinkäufer von Lebensmitteln für alle möglichen Einrichtungen haben eine große Verpflichtung, hier alles nur mögliche zu tun. Ich weiß, dass die EU-Gesetzgebung nach herrschender Lehre auch die Kommunen verpflichtet, die Gentechnik in Landwirtschaft und Lebensmittelwirtschaft nicht zu behindern. Mich wundert nur, wie Frankreich kürzlich den genmanipulierten Monsanto-Mais einfach verbieten konnte? Polen auch. Die Österreicher finden ebenfalls immer neue Wege auszubüchsen. Nur bei uns geht angeblich nichts – die EU erlaubt es nicht... Vielleicht sollte Herr Seehofer ein bißchen Französisch lernen, oder Polnisch oder Österreichisch – das ist nicht ganz so schwer – um nachzulesen, wie man seine Landwirte vor Monsanto schützen kann.

Viele Kommunen haben sich bisher dennoch positiv verhalten und Anti-Gentechnik-Beschlüsse gefasst. Sehr erfreulich ist,

das sich die landesweite Pfründestelle der kath. Kirche dazu entschlossen hat, in alle Pachtverträge ein Verbot des Anbaus von GVO einzufügen.

Katastrophal aber ist nach wie vor, dass auf den bayerischen Staatsgütern die GVO seit Jahrzehnten ausgebracht werden. Wie katastrophal das ist, zeigt das Beispiel Unterfranken und dort besonders des Landkreises Kitzingen. Das dort aktive Staatsgut strahlt offenbar auf einige Großbetriebe der Agrarindustrie aus. Noch nie wurden so große Flächen für den Anbau von Mon 810 angemeldet wie in diesem Jahr – und fast nur in Unterfranken.

Warum ist der Widerstand auf allen Ebenen so wichtig?

Es geht zum einen um einen unverantwortbaren Eingriff in die evolutionäre Schöpfung, der niemals mehr rückholbar ist – selbst wenn er sich katastrophal auswirken sollte.

Zum anderen geht es darum, die Monopolisierung in der weltweiten Landwirtschaft aufzuhalten. Eine Handvoll Chemiekonzerne möchte sich mit dem heutigen Zustand nicht länger abfinden. Man muss sich vorstellen: einige Milliarden Erzeuger (Kleinbauern, Mittelbauern, Großbauern) betreiben die Ur-Wirtschaft der Landbebauung zum Zwecke des Nahrungsgewinns für die Menschen weitgehend frei, unterschiedlich ertragreich, oft nur zur Eigenversorgung - aber nicht lizenzpflichtig. Das ist für einen großen Konzern immer eine unbefriedigende Situation: Ein gigantischer Markt, den sie nicht beherrschen. Sie möchten diesen Riesenmarkt in die Hand bekommen. Dazu braucht man die „Patentierung des Lebens“, um den Bauern das Saatgut lizenzpflichtig zu machen und ihnen die Freiheit zu nehmen! Es geht schon weiter: Genforscher des großen amerikanischen Biotechnologie-Konzerns Monsanto haben bestimmte Abschnitte des Schweine-Erbgutes entschlüsselt und beschrieben. Diese wollen sie nun weltweit als Patent anmelden. Im Falle einer Erteilung wäre Schweinezucht nur noch mit der Genehmigung des Konzerns möglich.

Da haben wir den wahren Hintergrund der Agro-Gentechnik: Der geplante Umsturz einer der ältesten Traditionen der Menschheit wird betrieben. Die Bauern sollen tributpflichtig werden – diesmal nicht gegenüber dem Landesherrn oder gegenüber einem Kloster, diese

Mal soll der Tribut an einen Konzern abgeliefert werden. Dem zu widerstehen, ist Pflicht aller wertkonservativen Menschen! Dass sich die CSU hier immer noch nicht klar an der Seite der Bauern positioniert ist eine Schande.

Als vor wenigen Tagen bekannt wurde, dass für dieses Jahr der oben erwähnte Großangriff von Monsanto auf Unterfranken geplant ist, habe ich sofort an Minister Miller geschrieben und ihn aufgefordert, nach Unterfranken zu fahren und den wenigen landwirtschaftlichen Großunternehmen dort, die sich leider nichts um ihre Reputation im Berufsstand, bei den Nachbarn und in der Öffentlichkeit scheren, als zuständiger Minister ins Gewissen zu reden. Ich habe ihm vorgehalten, was auf dem Spiel steht. Ich habe auch darauf hingewiesen, dass der Schaden immens sein wird, wenn sich die traditionsreichen Ortsnamen Randersacker (samt der dortigen Lagen „Ewig Leben“ und „Sonnenstuhl“) und Rödelsee (mit seinem berühmten „Küchenmeister“ oder der „Schwanenleite“) – bisher weltbekannt als Heimat ganz hervorragender Weine – demnächst einprägen als Standorte der größten Genmaisfelder Bayerns! Soll bald auf dem Bocksbeutel stehen: „Randersackerer Teufelsleben, Miller-Supergau, Beckstein-Kabinett“ ?

Oder in Rödelsee: Wird da der weltbekannte „Rödelseer Küchenmeister“ auf dem Bocksbeutelkett bald vom „Rödelseer Genlaboranten“ abgelöst?

Übrigens: Die alte und edle Lagenbezeichnung „Randersackerer Ewig Leben“ kann bleiben: Raus kriegt man die manipulierten Gene nie mehr!

Kürzlich haben wir ja auch ein neues Gentechnikgesetz serviert bekommen. Fangen wir mit dem Positiven an: Die Haftungsregeln sind geblieben. Wenigstens ein gutes Argumente für die Bauern, die Finger von der Sache zu lassen.

Aber: Die Abstandsregelungen 300 Meter zum Biobauern und 150 Meter zum konventionellen Nachbarn sind einfach absurd. Man muss also dem Wind endlich einmal die Besitzverhältnisse in der Flur erklären und ihm bei der Maisblüte entsprechende Grenzen setzen. Auch muss der Wind den Unterschied zwischen Bio und Konventionell verstehen.

Die für mich gemeinste Sache ist jedoch die gezielte Verwirrung der Sprache: „Gentechnikfrei“ heißt ab sofort „Kann 0,9% gentechnisch veränderte Organismen enthalten.“

Sie kaufen also 1000 Körner als gentechnikfreie Ware und haben in der Tüte 9 gentechnisch veränderte Körner einfach so mitgekriegt. Man kauft aber als Bauer nicht 1000 Körner sondern vielleicht eine Million (dann sind das schon 9 000 genveränderte Körner. Ich weiß ehrliche gesagt nicht, wieviele Mais-Körner so ein landwirtschaftlicher Anhänger trägt. Aber da kommt einiges zusammen. Die Veränderung der Sprache ist in totalitären Systemen immer eines der Hauptmittel, die Leute zu verdrehen. „Friede“ hieß zu Zeiten des Stalinismus/Leninismus bekanntlich „aktiver Kampf gegen den kapitalistischen Klassenfeind mit allen Mitteln“.

Also „gentechnikfrei“ heißt nach Definition des neuen Gentechnikgesetzes ab sofort: „mit einem knappen Prozent Gentechnik“. Stellen Sie sich das mal in anderen Bereichen vor: Der Begriff „eheliche Treue“ könnte dann z.B. bedeuten: „Mit jeder 100. geht was...“ So sieht eben ein typisches Seehofer-Gesetz aus!

Noch ein weiteres Beispiel für sprachliche Umdeutung:

Es gibt da einen sehr einflussreichen Verein mit dem Namen „Förderverein Nachhaltige Landwirtschaft e.V.“ Nachhaltig, das ist doch irgendwie ein Synonym für „ökologisch“ – oder? Der Verein hat großes Gewicht, wenn man in Berlin neue Gesetze macht. Auch die Medien werden vom FNL immer gut gefüttert. Es lohnt sich in die Mitgliederliste zu gucken:

BASF AG, Limburgerhof BASF AG, Animal Nutrition, Ludwigshafen Bayer CropScience Deutschland GmbH, Langenfeld Bundesarbeitskreis Düngung, Frankfurt

Bundesverband des Großhandels mit Dünge- u. Pflanzenbehandlungsmitteln e.V., Bonn Bundesverband Deutscher Pflanzenzüchter e.V., Bonn

Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft e.V., Frankfurt Deutscher Bauernverband e.V., Berlin Deutscher Raiffeisenverband e.V., Bonn

Dow Agrosience GmbH, München DSM Nutritional Products GmbH, Grenzach-Wyhlen Du Pont de Nemours GmbH, Bad Homburg Industrieverband Agrar e.V., Frankfurt K S Kali GmbH, Kassel Kuratorium für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft e.V., Darmstadt

Monsanto Agrar Deutschland GmbH, Düsseldorf Servicegesellschaft Tierische Nebenprodukte mbH, Bonn Stähler Agrochemie GmbH, Stade Syngenta Agro GmbH, Frankfurt

Verband der Chemischen Industrie e.V., Frankfurt

Verband Deutscher Landwirtschaftlicher Untersuchungs- und Forschungsanstalten e.V., Bonn

Übrigens: Der bedeutende Herr Sonnleitner ist natürlich auch aktiv im Förderverein Nachhaltige Landwirtschaft. Auf der kürzlich stattgefunden Grünen Woche hat er wieder einmal beklagt, dass die Zulassung genveränderter Organismen in der EU und in Deutschland so schleppend verläuft. Auch die Wieder-Zulassung von Tiermehl als Futtermittel will Herr Sonnleitner wieder auf die Tagesordnung setzen. Nur mit genveränderten Pflanzen und Tiermehl könne die preisgünstige Versorgung der deutschen Landwirtschaft mit Futtermitteln gesichert werden.

Wäre ich ein Bauer, ich würde mir die Mitgliedschaft bei einem Verband, dem der Herr Sonnleitner vorsteht noch einmal sehr genau und vor allem extrem nachhaltig überlegen...

Erlauben Sie mir an dieser Stelle einen Exkurs ins Grundsätzliche: **Ich sehe auf drei völlig unterschiedlichen Gebieten einen ganz verhängnisvollen Trend zur Ausschaltung der vielfältig-mittelständischen Struktur und des Übergangs in Konzernstrukturen:**

- Ein noch weitgehend dezentraler Markt wie die Landwirtschaft soll zentralisiert werden.
- Ein weitgehend zentralisierter Markt wie der Energiemarkt, soll an der möglichen Dezentralisierung gehindert werden.
- Und der noch weitgehend dezentralisierte Gesundheitsmarkt

mit vielen selbstverantwortlich geführten Arztpraxen, Apotheken, Physiotherapeuten und Heilpraktikern aber auch noch einer Vielzahl von regionalen, wohnortnahen Kliniken in kommunaler Verantwortung steht ganz eindeutig unter dem Druck von mehr und mehr entstehenden großstrukturierten Gesundheitskonzernen. Wir stehen als Ökodemokraten in allen Fällen auf der Seite der dezentralen Vielfalt und gegen die sich abzeichnende Umwandlung in zentralistische Großstrukturen.

Der 7. Grund

ödp-Kandidatinnen und Kandidaten sind frei von Konzernspenden und kämpfen gegen die Vermischung von Wirtschaftsämtern und politischen Mandaten.

Ein einfacher Grund, aber ein wichtiger. Wer Geld nimmt, macht sich abhängig und verliert seine Freiheit. So einfach ist das. Die großen Parteien nehmen Geld. Schauen sie auf die Internetseite www.gekaufte-politik.de und sie sehen die offiziellen Spendenberichte der Bundestagsverwaltung...

Besonders aber ärgert mich die Tatsache, dass man einem bayerischen Landtagsabgeordneten einfach so Geld zustecken darf. Wenn die Spende unter 10 000.- Euro pro Jahr bleibt erfährt niemand was davon – nur der Landtagspräsident – aber der muss nichts veröffentlichen.

Wir haben ja im letzten Dezember die Behandlung unserer Petition zu diesem leidlichen Thema erlebt: Es war ein beeindruckendes Schauspiel der Einigkeit aller Parlamentsparteien einschließlich der Grünen. Die Spenden sind nötig, um die Unabhängigkeit der Abgeordneten zu wahren; sie wären ja sonst von den Diäten, also vom Staat abhängig! Gleichzeitig wurde behauptet, dass niemand solche Spenden kriegt... Abschaffen könne man die Regelung dennoch nicht, obwohl keiner was kriegt und nur böse Populisten auf solche Ideen kämen... Die Sitzung war eine absolut absurde Veranstaltung. Aber wenigstens waren sich die Leute im Ausschuss wieder einmal parteiübergreifend einig. Das ist auch nicht zu verachten.

Übrigens: Selbst Zuwendungen aus der Wirtschaft an

Mandatsträger auf kommunaler Ebene scheinen üblich zu sein ... ich habe das von einer glaubwürdigen Zeugin aus der ödp erfahren, die man nach der Kontonummer gefragt hat... ihr Abstimmungsverhalten sei positiv aufgefallen.

Ein sich massiv zuspitzendes Problem ist die Übernahme von Alt-Politikern in die Wirtschaft. Warum ist das problematisch? Weil sich das rumspricht und das Verhalten von nachwachsenden Politikergenerationen prägen wird: Welcher Politiker wird überhaupt noch konzernkritische Sätze formulieren, wenn ganz klar ist, dass ein Politiker später Wirtschaftsboss werden muss?

Werner Schnappauf. Jetzt Hauptgeschäftsführer beim BDI. Was war der vorher? Wir lernen: Wer sich als Umweltminister großartig bewährt, wird später ein hohes Tier bei der Industrie! Aber eben nur, falls er sich vorher bewährt hat...!

Ist man ein Alpha-Sozi (Schröder Gasprom, Clement RWE, Müller Ruhrkohle/Ruhrgas etc.) geht der Weg in die Energiewirtschaft.

CDU-Größen wie Wissmann eignen sich als Auto-Männer oder auch als Multi-Aufsichtsräte wie Merz (die Aufzählung seiner Nebentätigkeiten würde hier jeden Zeitrahmen sprengen).

Schily ist ein ganz exquisites Beispiel. Er ging nicht zu einem Konzern sondern tut nur seine Pflicht als Anwalt und alleiniger Eigentümer eine Anwalts-Sozietät mit Rechtsform GmbH. Er schweigt und macht sich mittlerweile strafbar. Ein schönes Beispiel für Zivilcourage durch den ehemaligen Innenminister. Wohlgermerkt: Der Mann war unter anderem mal Innenminister und insofern zuständig für das gesetzestreue Verhalten, Vorgesetzter unzähliger Bundesbediensteter, Vorbild schlechthin. Man hört, dass Schily den besonders ehrenwerten Siemens- Konzern anwaltschaftlich beraten hat und dafür 140 000 Euro kassiert hat. (Zeitweise saß er auch im Aufsichtsrat einer Spezialfirma für biometrische Datenerfassung...) Da der Herr Schily nebenbei noch Bundestagsabgeordneter ist, wäre er eigentlich verpflichtet, diese Nebentätigkeit zu veröffentlichen. Standhaft weigert er sich – aus Gründen des Mandantenschutzes. Ein Vorbild an demokratisch-rechtsstaatlicher Gesinnung, für das man dankbar sein muss.

Erinnert man sich noch an den anderen Otto, den Otto Wiesheu? Der Mann war auch schon mal Politiker und unter anderem als Verkehrsminister für die Bahn zuständig. Schwupps war er weg als Minister und fand sich wieder im Bahnvorstand. Dort fristet er ein karges Leben als das am schlechtesten bezahlte Vorstandsmitglied: Schlappe 1,6 Millionen verdient er da im Jahr. Mehdorn trägt immerhin das Doppelte heim. Da müssen sich die Lokführer wirklich schämen, mit ihren unglaublich dreisten Lohnforderungen!

Aber wir sind ja bei den Politikern und ihrem Wechsel in die Wirtschaft. Faltlhauser, Kurt, Professor, Dr., Finanzminister a.D. und Spezialist für Zotologie (man erinnere sich an seine launigen Herrenwitze in der Bayerischen Vertretung in Berlin...). Kaum war er nicht mehr im Kabinett, schon berichtete die SZ von einer langen Liste von Tätigkeiten in der Wirtschaft. Er ist z.B. bei der Deutschen Bank Mitglied des Beirates Süd (was wird es da zu tun geben? Das erinnert fatal an die Regionalbeiräte der e-on, mit der man manche Kommunalpolitiker erfreut). Der „Hypo-Alpe-Adria-Bank International“ dient Faltlhauser heute als Aufsichtsrat. Ebenso steht er der Bayern LB (also der Landesbank die grad so erfolgreich mit Wetten auf amerikanische Schrott-Kredite war) als Mitglied des Wirtschaftsbeirates zur Verfügung. Für die KfW (über die IKB auch mit amerikanischen Schrott-Krediten reingesaugt) sitzt er wiederum im Aufsichtsrat. Seine Chefin ist dort die Frau Ingrid Matthäus-Maier, auch ehemalige Politikerin aus der rot-grünen Ecke... Und außerdem ist der Herr Ex-Finanzminister noch Mitglied im Gesellschafterbeirat einer Unternehmensberatungsfirma GIZ GmbH

Insgesamt gibt er ein schönes Beispiel für eine aktive Gestaltung des Rentenalters. Nebenbei ist der Herr Prof. natürlich auch weiterhin Mitglied des Bayerischen Landtags – ein nervenzerfetzender Vollzeit-Beruf, der – fragen Sie den für Sie zuständigen Hinterbänkler – gut und gerne 80 Stunden in der Woche den ganzen Mann fordert.

8. Der achte Grund:

***Wir sind als ödp ein echtes „Bündnis für die Familie“.
Wir widerstehen der sich ausbreitenden Irrlehre,
wonach der Staat in der Kinderbetreuung erste Wahl sei***

und die Familie ein den heutigen Anforderungen nicht mehr gewachsenes Auslaufmodell darstellt. Und wir verstehen unter Familie tatsächlich auch Familie – das muss man deutlich sagen, weil nach Erwähnung des Wortes „Familienpolitik“ seit einiger Zeit nahezu reflexhaft die Forderung nach öffentlicher Betreuung von allem Anfang an erhoben wird.

Man stelle sich bitte vor was geschähe, wenn alle Eltern das täten, was Ihnen von einer eigenartigen Koalition aus Frau v. der Leyen, Rot-Grün plus Industrie und Arbeitgeberverband, Gewerkschaften, moderner Neu-CSU und vereinigter Medienmacht empfohlen wird: Öffentliche Betreuung für alle Kinder, möglichst früh, aber auf jeden Fall nach dem 14.Monat. Anschließend melden sich alle Mütter und Väter vollzeit auf dem Arbeitsmarkt.... Der Zusammenbruch des Systems wäre sicher! Das Betreuungssystem funktioniert nur deshalb, weil es noch genug „dumme“ Eltern gibt, die unter erheblichen materiellen Verzichten ihre grundgesetzliche Aufgabe erfüllen und ihre Kinder selbst betreuen, selbst fördern und selbst lieben. Diese Eltern kommen in der Öffentlichkeit nicht mehr vor. Die vielleicht 5% elendiglichen versagenden Eltern und die extrem wenigen kriminellen Eltern repräsentieren heute in den Medien mehr und mehr „die Familien“.

Wer diesem Zerrbild widersprechen möchte, wer den „ganz normalen“ und engagierten Eltern das Leben ein wenig leichter machen möchte, hat Grund ein Zeichen zu setzen und die ödp zu stärken. Wir nehmen Grundgesetz und Bayerische Verfassung in diesem Punkt besonders ernst: Beide Verfassungstexte betrachten die Verhältnisse realistisch: Eltern und Staat müssen sich ergänzen: Die Eltern haben das natürliche Recht und die ernste Pflicht zur Kindererziehung. Der Staat muss helfen und überwachen aber nicht ersetzen und entmündigen!

Unsere familienpolitische Sprecherin Roswitha Bendl hat das Wort „Herdprämie“ wohl als erste für das Unwort des Jahres angemeldet. Sie hat bekanntlich Recht bekommen. Gratulation!

Wir haben ein klares Konzept, das sehr oft missverstanden und oft genug auch bewusst falsch dargestellt und bewertet

wird: Unser Konzept würde die echte volle Wahlfreiheit ermöglichen, die Elternarbeit anerkennen und gleichzeitig die zur außerfamiliären Betreuung entschlossenen Eltern zu Kunden machen, die Qualität verlangen können und nicht einfach nehmen müssen, was es halt gibt.

Wir müssen endlich hohe Ansprüche an die Qualität der Krippen und Kindertagesstätten aller Art stellen. Die Bindungsforscher verlangen für die unter 2jährigen Kinder eine Betreuungskraft für 3 bis 4 Kinder! Sie versichern uns glaubwürdig, dass ein unter 2jähriges Kind die Orientierung verliert und gar nichts mehr lernen kann, wenn es die subjektive Gewissheit verliert, dass da jemand 100%ig da ist, den es sehr gut kennt und gerne hat.

Oft wechselnde Betreuungspersonen und große Gruppen, sind schlicht und einfach schädlich. Das sagen auch engagierte Krippenbefürworterinnen wie die Kölner Professorin Lieselotte Ahnert, die seinerzeit in der DDR das gleiche herausgefunden hat wie im heutigen Deutschland des 21. Jahrhunderts: Das Stresshormon Cortisol steht bei Kindern in nicht optimalen Krippen gefährlich hoch! Cortisol-Hochstand als Dauerzustand beim Kind, macht krank. Deshalb muss die Debatte über die Menge der Betreuungsplätze endlich umschlagen in eine Debatte über die Qualität der Betreuungsplätze.

Wenn jemand ein sehr schöne und teures Auto erworben hat, damit zum Ölwechsel muss und dann der Fachmann fragt: „Soll es das beste Öl sein oder tut es auch ein billiges?“ Dann sagt der Kunde in aller Regel ohne lange zu überlegen: „Nur das beste kommt in Frage.“ Bei der Kinderbetreuung sagt das moderne Deutschland unter Leitung von Frau v.d. Leyen „Irgendwas, möglichst viel, aber nicht zu teuer!“

Unser Konzept eines Erziehungsgehaltes, also der Subjektförderung, würde den Eltern mit dem Wunsch nach familiärer Betreuung endlich die oft bemühte „freie Wahl“ ermöglichen – und zwar ohne unzumutbare finanzielle Verzichte. Aber auch den Eltern mit klarem Wunsch nach Kita-Betreuung würde das Erziehungsgehalt helfen: Sie kämen - wie gesagt - zu einer entscheidenden Veränderung ihrer Position, weil sie nämlich nicht länger Bittsteller und Subventionsempfänger wären sondern Kunden. Der Bittsteller ist bekanntlich der Depp, der Kunde hingegen ist König!

Nun gilt unser Modell als „viel zu teuer“. Diese These stimmt so pauschal nicht – oft genug wäre das Erziehungsgehalt nämlich nur der bessere, unbürokratischere und menschenwürdigere Ersatz für ohnehin bereits bezahlte Transferleistungen; außerdem hätte ein Erziehungsgehalt positive Auswirkungen auf die nach wie vor leidende Binnenkonjunktur und auf den Arbeitsmarkt, würde also Arbeitslosengeld einsparen und als Beiträge zu den Sozialkassen teilweise zurückfließen.

Aber sehen wir von all dem einmal ab:

Die Aussage: Erziehungsgehalt ist teuer und unfinanzierbar während außerfamiliäre Betreuung billiger und sehr wohl finanzierbar ist stimmt nur so lange, so lange die Qualitätsfrage bei der Betreuung systematisch ausgeklammert wird. Die Standards für Qualität muss übrigens die medizinisch-psychologisch-pädagogische Forschung zusammen mit dem Erfahrungswissen der Erzieherinnen und Betreuerinnen liefern, nicht die Kassenlage des Staates oder der Träger!

Die Grünen haben ein Plakat aufgehängt – ich habe es in Regensburg gesehen - mit dem sie sich so richtig als Fans der Krippenerziehung rausstellen. Das ist aus ihrer Sicht ehrlich und klärt die Verhältnisse.

Aber das Plakat ist eine logische Fehlleistung in mehrfacher Hinsicht: Auf dem Plakat ist nämlich eine Weihnachtskrippe zu sehen und dabei steht: „Einen Krippenplatz findet man heute auch nicht leichter.“ Ja da haben sie gemeint, das wäre ein toller Gag. Ach die Grünen und ihre Plakate! Erinnern Sie sich noch, als sie vor 5 Jahren ein Donau-Plakat hatten „Wir haben die Donau begnadigt“ stand da drauf. Dummerweise hatten sie das bereits kanalisierte Donaustück zwischen Regensburg und Straubing fotografieren lassen...das hat ihnen offenbar so gut gefallen, obwohl die Donau auf diesem Abschnitt praktisch steht und verschlammt. Die RMD hatte allerdings die tolle Idee, den Donaustausee dort leicht S-förmig zu gestalten ... und darauf sind die Grünen-Plakat-Künstler eben reingefallen.

Aber zurück zum aktuellen Kripperl-Stück der Grünen und der darin sich austobenden Schrott-Logik:

Erstens war es im Lukasevangelium für Maria und Josef nicht schwer eine Krippe zu finden – es war aber schwer für arme Leute mit Kind ein einigermaßen anständiges Hotelzimmer zu bezahlen. Der Satz hätte deshalb lauten müssen: „Schon damals waren Familien knapp bei Kasse.“ Das wäre aber nicht im Sinne der Grünen und der Roten. Denn wenn man Familien richtig Geld gibt, was machen sie damit – richtig sie kaufen Flachbildschirme und Flachmänner. Deshalb soll es auch keine erhöhtes Kindergeld geben. Hat der Herr Steinbrück gesagt. Und der Herr Jüttner will jetzt sogar die Kinderfreibeträge zusammenstreichen. Das Geld bleibt besser beim Staat und der organisiert dann weitere Kinderkrippen und in der Schule ein warmes Essen. Gleichzeitig beschwert sich der Bayerische Philologenverbandspräsident über die ungesunde Zucker- und Fettpampe, die immer noch an Kinder und Lehrer in vielen Schulkantinen ausgegeben wird. Aber: Der schlaue Oberphilologe gibt Steinbrück recht und fordert ebenfalls keine Kindergelderhöhung, stattdessen besseres warmes Essen in der Schule. Das sollten wir uns alle merken: Demnächst keine Gehalterhöhungen mehr für bayerische Philologen – stattdessen warmes Essen vom Staat – wer weiß, was sich die Oberstudienräte alles kaufen, wenn man ihnen richtiges Geld in die Hand drückt!

Zurück zu den grünen Plakatlogikern: Die Weihnachts-Krippe war nachweislich nur eine Notlösung – nicht die erste Wahl der Eltern!

Drittens herrschte an der Krippe zu Bethlehem nicht ein Betreuungsschlüssel von 1: 8 sondern 2:1; und wenn man Ochs und Esel sowie den einen oder anderen Engel und Hirten dazuzählt gar 10:1. Auch deshalb war da keine Gefahr, dass die Forderungen der Bindungsforscher unbeachtet und unerfüllt bleiben müssen... abgesehen davon, dass Mama und Papa nicht dauernd von der Krippe weggegangen sind sondern sich voll und beide um das Kleine kümmern konnten, mussten, wollten.

Das Plakat verrät also einiges: Die Grünen haben ein gestörtes Verhältnis zur Logik, wenn es um Krippen geht. Sie finden alle Krippen einfach super. Sie fragen weniger nach der Qualität.

Es geht ihnen um die Ideologie der Fremdbetreuung. Sie haben kein positives Verhältnis zur Familie. Sie sind in dieser Beziehung einfach zu bedauern.

Der 9.Grund:

Wir haben keinen Bildungs-Reform-Wahn – aber ein großes Engagement für eine Schule, die den Kindern und Eltern Ängste nehmen kann

Was Familien vor allem brauchen – jenseits von Gerechtigkeit und Anerkennung – ist insbesondere eine Schule, die Probleme löst und nicht ständig noch mehr Probleme macht.

Zitat aus einem redaktionellen Beitrag der FAZ über das auch in Hessen eingeführte G 8 – man wird wohl manches auch für Bayern gelten lassen müssen: „ G 8 - so heißt im Politikerjargon das von neun auf acht Schuljahre zusammengestrichene Gymnasium. Eine ungeheuer schlampig gemachte Schulreform, ein bürokratischer Irrsinn, der dazu führt, dass Unter- und Mittelklässler, Kinder also, mit einer 40- bis 50-Stunden-Woche belastet werden, rechnet man die Hausaufgaben mit ein. Die Folgen sind verheerend. Sie lassen sich auf den Nenner bringen: Bürokraten stehlen den Kindern ihre Kindheit. Sperren sie im Alter von elf, zwölf Jahren in ein Trainingscamp für Manager. Gegen alle pädagogische Einsicht. Gegen alle Erfahrungen, die Eltern für ein halbwegs gelingendes Familienleben geltend machen. Alles im Leben der Kinder, im Leben der Eltern dreht sich seit G 8 nur noch um die Schule. Alles Außerschulische fällt der Krake G 8 zum Opfer - Theatergruppe, Musikunterricht, Herumtollen, Herumlesen, Herum-Kindsein. Kindern wird per Federstrich, per ministerieller Anmaßung die Kindheit abtrainiert.“ Das schreibt Christian Geyer in der an sich ja konservativen und unionsfreundlichen FAZ vom 19.1.2008, Seite 31

Man hat zwar in der Philosophie gerade die „Entschleunigung“ als Ziel entdeckt. Man schreibt in den Feuilletons über die Notwendigkeit, die Dinge langsamer anzugehen, in die Tiefe zu arbeiten. Man bringt den Ausgebrannten und Angeknacksten in Reha-Kuren bei, wie gut die Ruhe, die Konzentration auf das Wesentliche, das Sein-Lassen des nicht so wichtigen ist...

Aber für die Vermittlung dieser Weisheit auf Krankenkassenrechnung muss man erst ein schönes burn-out-Syndrom oder einen überstandenen Herzinfarkt vorweisen.

Derweil wird im neuen Gymnasium die nächste Generation auf Tempo und rund-um-die-Uhr-Anspannung trainiert... Die Reha-Kuren brauchen ja auch in der Zukunft neue Kundschaft.

Ich meine: Besser wäre ein erstklassiges Gymnasium als ein achtklassiges!

Besser wäre allerdings auch eine spätere und differenziertere Schulartentscheidung.

Besser wäre die echte individuelle Förderung jedes Kindes in jeder Schulart; das geht aber nur, mit einer zweiten Betreuungskraft in jeder Klasse.

Nicht besser wäre - wie Rote und Grüne immer noch glauben - die Gesamtschule.

Das hat eine neue Studie, von einem alten Befürworter der Gesamtschule durchgeführt, erst kürzlich gezeigt: Die Kinder aus allen Schichten, selbst die Kinder aus der sog. Arbeiterschicht, haben im gegliederten Schulsystem bessere Chancen, zur Hochschulreife zu kommen als in der Gesamtschule. Vor allem aber hat diese Studie gezeigt, dass der erste Schulabschluss für sehr viele Jugendliche nicht das Ende ist. In einem optimal durchlässigen Schulsystem ist der Aufstieg von jedem Ausgangspunkt aus möglich – und dieser Aufstieg wird auch von sehr vielen Jugendlichen praktiziert – vor allem dann, wenn die Familie den Wert von Bildung erkannt hat und die entwicklungspsychologische Motivationsdelle der Jugendlichen während der Pubertät auffängt. Dies kann sie nur zusammen mit einer Schule leisten, die sich nicht nur als Auswahl- und Sortieranstalt versteht sondern auch als sozialpädagogischer Bildungsort.

Dies alles kommt nicht durch neue Systemreformen zustande sondern durch Entspannung in den Klassen 4, 5 und 6 durch eine differenzierte Orientierungsstufe sowie durch eine ermutigende Information über die Möglichkeiten des Durchstiegs. Dazu ist aber auch nötig, dass das Ansehen von nichtakademischen Berufen endlich wieder steigt. Ich appelliere zum einen an die Handwerksmeister und auch an

die Berufsschullehrkräfte, sich selbstbewusst zu geben und an uns alle, endlich zur Kenntnis zu nehmen, dass die im dualen System ausgebildeten Fachleute weltweit höchstes Ansehen genießen. Um diesen Teil des Bildungssystems, um das berufliche nämlich, beneiden uns viele auf der großen weiten Welt! Wenn die Handwerksmeister aber heute teilweise meinen, sie müssten ihre Auszubildenden nach der Rechtschreibleistung und ein paar Testfragen aus Geschichte, Sozialkunde und Geographie aussuchen, dann gefährden sie selbst die Basis dieses Erfolges. Und wenn Eltern eine evtl. bestehende Begabung für das Handwerklich-Praktische und die Abwesenheit von theoretischer Studierlust für einen Fluch halten und die Chancen einer beruflichen Lehre nicht erkennen, dann ist das auch ein Schaden für uns alle. Auch aus diesem Grund habe ich kein Verständnis für die ständige Forderung nach Abschaffung der Hauptschule. Diese Forderung ist Teil der verhängnisvollen Fixierung auf das Gymnasium als Voraussetzung für Lebensglück. Umgekehrt wäre eine Anreicherung aller nicht-akademischen Berufe nötig. Die Devise muss heißen: Anspruchsvollere Ausbildungsinhalte für alle - so wie das schon heute von besonders guten Ausbildungsbetrieben geleistet wird. Dort wird ein Schreiner auch ein bißchen zum Innenarchitekten mit Stilsicherheit. Am anderen Ort wird der Haustechniker zum Energieberater. Und die Erzieherin kann durch regelmäßige Weiterbildung auf der Basis ihrer schon heute umfangreichen und praxisorientierten Ausbildung auch ohne Bachelor, Master oder Dr. phil. zur vielleicht wichtigsten Partnerin von Eltern und Kindern beim Start in ein selbständiges Leben werden.

Aber wir werden bei diesem Programm zur Entspannung der Schullaufbahn-Entscheidungen und zur Aufwertung der nicht-universitären Laufbahnen nicht bei schönen Worten und Appellen verharren können. Es muss auch die Bezahlung stimmen. Wenn wir versierte Fachkräfte haben und behalten wollen, wenn wir endlich anerkennen, dass der Erfolg dieses Landes auch auf einer sehr erfolgreichen und fundierten beruflichen Bildung beruht, dann müssen wir die Menschen auch ordentlich bezahlen, die diese Laufbahn gewählt haben. Und: Es muss verbesserte Aufstiegsmöglichkeiten innerhalb dieser Berufe geben und es muss auch den Durchstieg zur Hochschulreife innerhalb der beruflichen Ausbildung geben.

Das Schlimmste ist momentan die Panik der Eltern und Kinder

– mehr und mehr schon von der Einschulung an: Wird mein Kind den Übertritt ins Gymnasium oder doch wenigstens in die Realschule schaffen? Das verdirbt die Kindheit.

Alles ist gut, was den Eltern und Kindern diese Panik nimmt. Ich meine: Eine ganz bewusste Aufwertung der beruflichen Bildung ist die Voraussetzung dafür, dass die nächste Elterngeneration ihre Kinder nicht vielleicht schon im Kindergarten mit den Übertrittsvoraussetzungen ans Gymnasium nervt.

Wir werden diesen Ansatz in die Bildungs- und Schuldebatte einbringen. Alleine dies wäre ein Grund, die ödp zu wählen!

Der 10. Grund:

Kriminelle Jugendliche brauchen schnell spürbare Konsequenzen. Wir alle brauchen den Mut zur Einhaltung von Grenzen und den Mut zur Wertevermittlung und Wertschätzung ... aber nicht nur bei den nicht-deutsch-stämmigen Jugendlichen!

Erziehung gelingt Gottseidank immer noch in der großen Mehrzahl aller Fälle. Aber sie gelingt eben leider nicht immer. Darüber machen sich dann Wahlkämpfer her... Eine wichtige Maßnahme, die nach Ansicht aller wirklich fachkundigen Leute helfen kann – und zwar der gesamten Gesellschaft ebenso wie den kriminellen Jugendlichen, diese Maßnahme wäre von der Staatsregierung in eigener Regie umsetzbar: Es geht um die unverzügliche Einleitung und rasche Beendigung eines Jugendstrafverfahrens unmittelbar nach der Tat. Kurzformel: Schnell bestrafen ist wichtiger als hart bestrafen. Und bei dieser Maßnahme handelt es sich nicht um ein schwieriges Gesetzgebungsverfahren sondern um die Reform der Arbeitsstrukturen in der bayerischen Justiz. Das kann die Justizministerin morgen abzeichnen.

Aber: Wir mussten ja auf Anordnung von Roland Berger und anderen Stoiber-Beratern den Staat minimieren, Stellen einsparen und Kosten um alles in der Welt reduzieren. Der zu Zeiten von allen angehimmelt Edmund Stoiber (ach wie lange ist das her? Hat es diese Zeiten wirklich gegeben?) also dieser seinerzeitige Dreiviertel-Gott hat seinerseits einen angehimmelt und himmelt ihn immer noch derartig an, dass er

sich ohne ihn nicht nach Brüssel traute: Roland Berger und seine Beratertruppe. Sie wollten und wollen den Staat organisieren wie eine Aktiengesellschaft: Der Kurs steigt, wenn man Leute rausschmeißt.

Glauben sie mir: Wir wurden nach der letzten Landtagswahl gar nicht von Stoiber und einem eingeschüchterten Kabinett oder gar von einer aufgeblähten aber hohlen Mehrheitsfraktion im Landtag regiert - wir wurden von der Unternehmensberaterfirma Roland Berger regiert und Stoiber war nur deren nicht optimal ausgesteuerter Lautsprecher!

Ob achtklassiges Gymnasium oder Reform des öffentlichen Dienstes – sie hatten immer die Modelle eines Unternehmens im Kopf und nicht die Organisation eines auf Menschenwürde und Gemeinwohl ausgerichteten Staatswesens.

Was hat dies mit der Jugendgewalt zu tun?

Ein paar StaatsanwältInnen mehr, ein paar ErmittlungsrichterInnen, ein paar JustizmitarbeiterInnen und vor allem auch ein paar zusätzliche Leute (möglichst aus der gleichen Ethnie wie die Jugendlichen) in der Prävention bei Jugendämtern und vor allem in der Schulsozialarbeit ... und es würde sich vieles zum Besseren ändern lassen.

Stattdessen wurde nach den jüngsten widerlichen Vorfällen ein Feuerwerk von Vorschlägen abgeschossen, zum Teil verfassungswidrig, zum Teil längst selbstverständlich... Was mich besonders ärgert: Alle die jetzt so viele neue Gesetze durchdrücken wollen, alle diese sind seit 50 Jahren an der Macht! Diese Macht wurde ihnen von den Bürgern gegeben auch deshalb, weil eine gut geölte Propagandamaschine den Menschen eintrichtern konnte, dass dieses Land ein wohlgeordnetes, sicheres und rundum perfekt regiertes Land ist. Momentan hat man allerdings den Eindruck, die CSU sei leider leider die ganzen letzten Jahre und Jahrzehnte machtlos in der Opposition gewesen und konnte nichts von ihren Ideen umsetzen.

Diese Jugendlichen, die heute als Monster erscheinen, sind im CSU-Staat geboren worden oder hier aufgewachsen. Sie haben die Segnungen der CSU-Schulpolitik und die von der CSU durchgedrückten Privat-Fernseh-Angebote genossen. Sie spielen die Gewaltspiele, die von den Medienkonzernen aus

Gewinninteresse in den Markt gedrückt werden. Es sind eben jene Medien-Unternehmen, auf deren Festen und Empfängen sich auch CSU-Politiker gerne zeigen und zu Supergewinnen gratulieren; wenig später jammern dann die gleichen Politiker über das Elend des Werteverlustes bei Jugendlichen und rufen nach strengerer Bestrafung...

Ich möchte nicht missverstanden werden: Wir alle haben ein großes Problem der Sinn-, Tugend- und Wertevermittlung. Wir alle müssen uns bemühen, Jugendlichen und Erwachsenen Grenzen aufzuzeigen – den einen bei der Gewalt im öffentlichen Raum, den anderen bei Korruption in Großkonzernen und wieder anderen bei Nötigungsdelikten auf der Autobahn...

Die ganze Gesellschaft hat ein Werte-Problem. Der jugendliche U-Bahnschläger muss streng und - vor allem schnell - rechtsstaatlich sanktioniert werden. Die Milliarden-Korruption im Weltkonzern ebenso. Und der rasende Drängel-Nötiger auf der Autobahn auch. Übrigens: Alle drei völlig unabhängig vom vorhandenen oder fehlenden Migrationshintergrund.

Der 11. Grund:

Wir leuchten die Dunkelkammern der Politik aus!

Die stadteigenen GmbHs sind die Dunkelkammern der Demokratie. Themen, die jahrzehntelang in der Tradition der Gemeinde- bzw. Landkreisordnung öffentlich vor interessierten Bürgern und Medien beraten wurden, werden nun in die Nichtöffentlichkeit verlagert. Das wollen wir ändern: Alle Themen, die nicht aus zwingenden Gründen (z.B. Datenschutz) nichtöffentlich beraten werden müssen, sollen nicht länger der Geheimhaltungspflicht unterliegen. Wenn es um Kanalausbaumaßnahmen, Schwimmbäder, das Busliniennetz oder wichtige kommunale Investitionen geht, wird stets über das Geld der Bürger entschieden. Deshalb fordern wir öffentliche Sitzungen in allen stadteigenen Unternehmen und die bürgernahe Umsetzung allgemeiner Akteneinsichtsrechte. Die Menschen sollen nicht länger vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Ihr Sachverstand soll bereits vor der endgültigen Entscheidung in die politische Meinungsbildung einfließen

12. Der 12. Grund lautet:

Für uns gehören die nicht mehr oder noch nicht so leistungsfähigen Menschen dazu – von Anfang an und bis zum letzten Atemzug. Die Würde des Menschen ist nicht verhandelbar.

Da muss man leider ständig wachsam sein und auf allen Ebenen Artikel 1 GG einfordern. Das Klonen kommt allmählich in Schwung. Ein aktiver Teil der Stammzellenforscher-Szene zernagt unter Assistenz des von der Kanzlerin zum Springen gebrachten CDU-Parteitages den Embryonenschutz. Und der juristische Matador der ganzen Sache, der Würzburger Verfassungsrechtler Horst Dreier wäre ums Haar in das Bundesverfassungsgericht gewählt worden. Da wiederum – Hochachtung – hat die CDU erfreulicherweise dagegen gehalten. Dieser Herr Dreier ist der Protagonist einer Bewegung, die Menschenwürde für abwägbar hält - wie jedes andere Grundrecht auch. Dieser Herr Dreier spricht dem menschlichen Embryo erklärtermaßen die Würde ab. Dieser Herr Dreier passt in seinen Thesen gut zum neuen Grundgesetz-Kommentar von Matthias Herdegen, der ebenfalls die Würde des Menschen relativiert. Wenn sich eines Tages aus alledem eine „herrschende Lehre“ bildet, dann hätte das massive Konsequenzen für alle – auch für die alten Menschen, wenn eines Tages bei uns die Euthanasie-Debatte virulent werden sollte.

Noch wurde Dreier nicht gewählt. Für mich ist die Tatsache, dass er vorgeschlagen wurde und fast Verfassungsrichter geworden wäre, ein Appell noch viel genauer hinzusehen. Wir haben seinerzeit – vielleicht zu früh – mit dem Anti-Klon-Volksbegehren das richtige Thema angesprochen. Dieses Thema muss weiter beachtet werden.

Der 13. Grund:

Tiere sind für uns mehr als Handelsware und Material.

Während mittlerweile um jedes Eisbärenbaby eine hysterische Show inszeniert wird, geht das massenhafte Verwerten von Tieren alltäglich weiter. Wir haben Hochachtung vor allen, die mit Nutztieren so umgehen, dass diese während ihres mehr oder minder kurzen Lebens eine ordentliche Existenz genießen können. Wir werben dafür, den Landwirten ihren Einsatz für

eine wirklich artgerechte Haltung zu honorieren. Wir sehen eine große Verantwortung bei allen Verbraucherinnen und Verbrauchern, den Trend zu immer billiger endlich abubrechen und bewusst nach den Lebensmitteln zu greifen, die unter Beachtung ethischer Standards auch bei der Tierhaltung erzeugt wurden. **Tiere sind unsere Mitgeschöpfe.** Der Umgang des Menschen mit Nutztieren, Haustieren und Wildtieren sagt viel über den Zustand einer Gesellschaft aus. Wir lehnen es ab, das Engagement für die Menschen (ob geboren oder ungeboren) gegen das Engagement für die Tiere auszuspielen. Lebensschutz ist unteilbar; wir sind dem von Albert Schweitzer formulierten Grundsatz der „Ehrfurcht vor dem Leben“ verpflichtet.

Der 14. Grund:

Wir stehen zur ökologisch-sozialen Marktwirtschaft – im eigenen Land und weltweit.

Statt jetzt zu vorgerückter Stunde noch viel Theorie zu betreiben, möchte ich Ihnen was von Herrn Westerwelle erzählen. Er ist kein ungeschickter Rhetoriker aber er hat trotzdem nicht recht:

Bei seiner Dreikönigsrede hat er die Frage nach dem Unterschied zwischen einem „Gutmenschen“ und einem „gutem Menschen“ gestellt...und natürlich postwendend beantwortet:

„Der gute Mensch teilt“ sagt Westerwelle während „der Gutmensch durch den Staat verteilen läßt, was ihm nicht gehört.“ Das ist flott gesagt. Aber es ist die Absage an unser Grundgesetz Art. 20 Sozialstaatsprinzip.

Das privat motivierte Teilen ist natürlich eine ehrenwerte und unverzichtbare Sache. Aber der Sozialstaat, der den zum Teilen unwilligen Bürger zum Teilen zwingt, ist ebenfalls unverzichtbar. Eine Gesellschaft guter Menschen im Westerwelle-Sinn ist eine Lotterie, bei der man als Bedürftiger gewinnen kann aber oft nicht gewinnt. Im Sozialstaat hingegen geht in der Tendenz niemand vor die Hunde – ganz unabhängig vom Vorhandensein privater Freigebigkeit! Das ist der Punkt. Als Anhänger des Sozialstaates und der öko-sozialen Marktwirtschaft wundere ich mich über die verkrampfte Eiertanz um den Mindestlohn. Dazu habe ich zwei Dinge zu

sagen:

Erstens: Wie fühlt sich ein Mensch, der richtig arbeitet und anschließend um Sozialhilfe nachsuchen muss? Wollen wir dieses miese Gefühl im Herzen hunderttausender von hart arbeitenden Menschen wirklich akzeptieren? Spürt man denn nicht förmlich den Druck im Lande ansteigen? Dies ist ein Druck, der keine positiven Kräfte freisetzen wird!

Zweitens: Artikel 168 der Bayerischen Verfassung lautet:

„Jede ehrliche Arbeit hat den gleichen sittlichen Wert und Anspruch auf angemessenes Entgelt. Männer und Frauen erhalten für gleiche Arbeit gleichen Lohn.“

Und der Artikel 169 lautet:

„Für jeden Berufszweig können Mindestlöhne festgesetzt werden, die dem Arbeitnehmer eine den jeweiligen kulturellen Verhältnisse entsprechende Mindestlebenshaltung für sich und seine Familie ermöglichen.“

Ich frage mich, warum angesichts dieser Verfassungslage noch diskutiert werden muss.

Zur Bewahrung einer menschlichen Wirtschaftsordnung gehört auch der Schutz des Sonntags. Der Sonntag bleibt tabu!

Seit 2006 können die Länder selbst über die Ladenöffnungszeiten bestimmen. Wir treten dafür ein, auf alle Fälle den Sonntag als religiösen und traditionellen Ruhetag verkaufsfrei zu halten und entsprechend gesetzlich zu schützen. Die Familien brauchen gemeinsame Freizeiten. Die Vereine und gesellschaftlichen Gruppen brauchen gemeinsame freie Tage. Das große Symbol des Sabbats, der als Erinnerungstag der Befreiung von der Sklaverei im dritten Gebot begründet ist, darf nicht verloren gehen. Die drohende Rückversklavung des Menschen durch den Ökonomismus unserer Tage muss verhindert werden. Der Mensch ist mehr als ein Produktionsfaktor.

Übrigens: Die ökologisch-soziale Marktwirtschaft ist keine nationale Angelegenheit. Wir werden sie nur erhalten können

indem wir sie international verbreiten. Deshalb unterstützen wir als ödp die Initiative für einen globalen Marshall-Plan, die genau diese internationale Verbreitung der Idee fördert.

Der 15. Grund:

Unser personales Angebot ist vielleicht der beste Grund ödp zu wählen.

Bei uns kandidieren keine ideenlose, angepassten Karrieristen. Hier präsentiert sich eine Gruppe ökologisch und sozial engagierter Menschen.

Schlußbemerkung Nr. 1.:

Ich bin sehr froh, dass es mittlerweile wieder 3700 ödp Mitglieder in Bayern gibt. Das ist vorläufiger Höchststand. Noch besser finde ich aber, dass wir es im letzten halben Jahr geschafft haben, zusätzlich zu den bestehenden 140 kommunalen Listen weitere 40 aufzustellen und über die von der CSU zur Abwehr ihrer Konkurrenten errichteten Unterschriftenhürden zu bringen.

Am 2. März treten ökologische Demokratinnen und Demokraten in allen bayerischen Großstädten an, in einer Vielzahl von Mittelstädten, in 50 Landkreisen und in vielen Märkten und Dörfern.

(Zum Vergleich: Die Linke hat 11 Antritte in Städten und ganze 5 (!) in Landkreisen geschafft.)

Und noch etwas: Ohne jede Quote, ohne künstliche Verrenkungen hat es sich durch demokratische Entscheidungen so ergeben, dass wir sehr oft Spitzenkandidatinnen aufzuweisen haben: In den bayerischen Großstädten München, Augsburg, Nürnberg, Regensburg und Ingolstadt führen engagierte Frauen die Stadtratslisten an. In vielen Landkreisen ist es genauso. Und wir haben auch sehr viele Frauen als Oberbürgermeister- und Landratskandidatinnen aufgestellt. Die Zukunft muss ökologischer sein und die Zukunft wird weiblicher sein. Unsere Listen geben schon mal den Trend an.

Schlußbemerkung Nr.2 :

Übermorgen werden es 10 Jahre, dass die Bayern per Volksentscheid den Senat abgeschafft haben. Damit es so weit kam, mussten wir ein Volksbegehren durchführen. Das war eine Riesenarbeit – aber wir haben sie geleistet. Seit dem Jahre 2000, also heuer zum 8. Mal muss der Finanzminister nicht mehr gut 5 Millionen Euro für ein überflüssiges Gremium vorsehen. Das ist ein schönes Sümmchen. Der Bayerische Steuerzahler hat in diesem Jubiläumsjahr zweimal Gelegenheit, sich bei uns erkenntlich zu zeigen – für 40 Millionen Euro plus Zinsen wären 5% Wählerstimmen eigentlich nicht unbescheiden...

Nebenbei: Ich habe erst jetzt bemerkt, dass das am 8.2. per Volksentscheid beschlossene Gesetz zur Abschaffung des Senats genau am 20. Februar mit der Veröffentlichung im Gesetzblatt rechtsgültig wurde. Der 20.2. ist mein Geburtstag.

Kommen Sie gut heim!